

Überregionaler Pressespiegel 10.01.2012

Leipziger Volkszeitung | 10.01.2012 | 13:45 Uhr

Dresden Nazifrei: Großes Echo auf Blockadeaufruf für Neonazi-Demo

Dresden. Der rechtlich umstrittene Aufruf zur Blockade der für den 18. Februar in Dresden geplanten Neonazi-Demonstration ist nach Angaben der Veranstalter auf großes Echo gestoßen. „Trotz aller Repressionen gegen Teilnehmer früherer Blockaden haben wir viele Unterstützer“, sagte der Sprecher des Bündnisses „Dresden nazifrei“, Stefan Thiele, am Dienstag in Dresden. Das Bündnis rechne mit mehr als 10 000 Menschen, die in Sachsens Landeshauptstadt reisen werden. Den bundesweit verbreiteten Aufruf hätten mittlerweile mehr als 1500 Einzelpersonen und 220 Organisationen unterzeichnet.

Dresden erinnert alljährlich im Februar an die Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg. Rechtsextreme nutzen den Anlass für Aufmärsche. 2010 und 2011 konnten wegen Blockaden keine Neonazis durch die Stadt laufen. Im vergangenen Jahr gab es dabei gewaltsame Ausschreitungen von Linken und Rechten. „Von unseren Blockaden soll keine Eskalation ausgehen“, sagte Thiele. Das sei Konsens. Dpa

<http://www.lvz-online.de/nachrichten/mitteldeutschland/dresden-nazifrei-grosses-echo-auf-blockadeaufruf-fuer-neonazi-demo/r-mitteldeutschland-a-120763.html>

Freie Presse | 10.01.2012

Dresdner Blockade-Bündnis beklagt Einschüchterung von Demonstranten

Vorwurf: Blockierer von Neonazi-Aufmärschen sollen kriminalisiert werden

Dresden (dapd-lsc). Das Bündnis "Dresden Nazifrei" kritisiert kurz vor dem erneuten Aufmarsch Rechtsextremer in der sächsischen Landeshauptstadt das Vorgehen der Strafverfolger gegen Demonstranten. "Die sächsischen Behörden kennen in ihrem Verfolgungseifer keine rechtsstaatlichen Grenzen", sagte Bündnissprecher Stefan Thiele am Dienstag. Ziel der Maßnahmen sei es, den Protest gegen Rechts zu kriminalisieren.

Konkret bezieht sich das Aktionsbündnis unter anderem auf die umstrittene massenhafte Abfrage von Handydaten nach dem Protest im Februar 2011 sowie Dutzende Verfahren gegen Blockierer. Thiele wirft den Behörden vor, durch dieses Vorgehen die Teilnehmer von Demonstrationen einschüchtern zu wollen. Das Bündnis werde immer wieder mit "absurden Vorwürfen bombardiert".

Mit Blick auf den 18. Februar, wenn erneut ein großer Aufmarsch von Rechtsextremen in Dresden erwartet wird und dies mit Blockaden verhindert werden soll, zeigt sich das Bündnis trotz der beklagten Einschüchterungen gelassen. Bundesweit gebe es ein "riesiges Interesse" daran, dass sich Menschen an der Blockade beteiligten, sagte Thiele. Aller Voraussicht nach würden die Teilnehmerzahlen von 15.000 Menschen aus dem vergangenen Jahr wieder erreicht. Zum Konsens der Bündnisteilnehmer gehöre, dass von den Blockierern keine Eskalation ausgehe.

Als Anlass für die Aufmärsche dienen den Rechten die alliierten Luftangriffe am 13.

Februar 1945, bei denen Dresden stark zerstört wurde. Seit Jahren versuchen Rechtsextreme, die Trauer um die Toten für ihre politischen Zwecke zu missbrauchen. Das Aktionsbündnis stellt sich seit 2010 mit Menschenblockaden den Rechten entgegen. Im vergangenen Februar war es in Dresden zu gewalttätigen Ausschreitungen zwischen Linksextremen, Polizei und Neonazis gekommen.

Als Beispiel für das willkürliche Vorgehen der Behörden gegen Blockierer sieht sich der sächsische Fraktionschef der Linke, André Hahn. Nachdem er sich im Jahr 2010 an den Blockaden beteiligt hatte, wurde gegen ihn wegen Verstößen gegen das Versammlungsgesetz ermittelt. Hahn wirft den Strafverfolgern eine "politische Absicht" vor, da er angesichts von Tausenden Teilnehmern die einzige Person aus Sachsen sei, die sich verantworten müsse.

Auch der Jenaer Jugendpfarrer Lothar König sieht sich zu Unrecht im Fokus der Ermittler. Im Sommer hatten sächsische Polizisten seine Wohn- und Diensträume in Thüringen durchsucht. Der Vorwurf: König soll im vergangenen Februar bei den Protesten zu Gewalt aufgerufen haben. Er selbst wirft den Behörden Diffamierung, Isolierung und Kriminalisierung vor. "Das ist das Vorgehen der Staatssicherheit gewesen und offensichtlich jetzt wieder", sagte König. Während im Rest der Republik die Blockade von Neonazi-Aufmärschen eine Ordnungswidrigkeit darstelle, handele es sich in Sachsen um eine mittlere Straftat.

Den Aufruf des Bündnisses zu den Blockaden in diesem Februar haben bislang mehr als 1.500 Einzelpersonen und 220 Organisationen unterzeichnet. Zu den Unterstützern zählen Musikergruppen wie Die Toten Hosen und Die Ärzte sowie Spitzenpolitiker von SPD, Grünen und Linke. dapd

<http://www.freipresse.de/NACHRICHTEN/SACHSEN/Dresdner-Blockade-Buendnis-beklagt-Einschuechterung-von-Demonstranten-artikel7872382.php>

Lausitzer Rundschau | 10.01.2012

Großes Echo auf Blockadeaufruf für Neonazi-Demo

Dresden Tausende beteiligten sich an Blockaden, die rechtlich aber umstritten sind. Im Februar ist es wieder so weit. Der Aufruf zu zivilem Ungehorsam läuft

Dresden (dpa/sn) - Der rechtlich umstrittene Aufruf zur Blockade der für den 18. Februar in Dresden geplanten Neonazi-Demonstration ist nach Angaben der Veranstalter auf großes Echo gestoßen. «Trotz aller Repressionen gegen Teilnehmer früherer Blockaden haben wir viele Unterstützer», sagte der Sprecher des Bündnisses «Dresden nazifrei», Stefan Thiele, am Dienstag in Dresden. Das Bündnis rechnet mit mehr als 10 000 Menschen, die in Sachsens Landeshauptstadt reisen werden. Den bundesweit verbreiteten Aufruf «Block Dresden 2012» hätten mittlerweile mehr als 1500 Einzelpersonen und 220 Organisationen unterzeichnet. Dresden erinnert alljährlich im Februar an die Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg. Rechtsextreme nutzen den Anlass für Aufmärsche. 2010 und 2011 konnten wegen Blockaden keine Neonazis durch die Stadt laufen. Im vergangenen Jahr gab es dabei gewaltsame Ausschreitungen von Linken und Rechten. «Von unseren Blockaden soll keine Eskalation ausgehen», sagte Thiele. Das sei Konsens. «Wir wollen den Nazi-Aufmarsch verhindern.» Im vergangenen Jahr hätten sich etwa 15 000 Menschen an Blockaden beteiligt. Das Bündnis will sich auch nicht von noch immer laufenden Ermittlungen gegen Blockierer der vergangenen Jahre abhalten. Das machten unter anderem der Fraktionschef der Linken in Sachsens Landtag, André Hahn, und der

Jenaer Jugendpfarrer Lothar König stellvertretend für die Betroffenen deutlich. Aus ihrer Sicht steht es Demokraten zu, sich auch gegen nicht verbotene Aufmärsche von Rechten zu wehren. Die Staatsanwaltschaft Dresden und auch die CDU/FDP-Koalition in Sachsen halten Blockaden von de facto genehmigten Demonstrationen dagegen für eine Straftat. Die Opposition und das «Bündnis Nazifrei!» verweisen wiederum auf das Recht von Gegendemonstrationen und sehen sich durch Urteile aus anderen Bundesländern im Recht. Nach Angaben des Bündnisses laufen wegen früherer Blockaden unter anderem noch 70 bis 80 Ermittlungsverfahren. Dadurch wolle man sich aber nicht einschüchtern lassen.

<http://www.lr-online.de/nachrichten/sachsen/Grosses-Echo-auf-Blockadeaufruf-fuer-Neonazi-Demo;art1047,3638451>

MDR aktuell | 10.01.2012

Bündnis "Dresden Nazifrei" beklagt Repression

Rund einen Monat vor dem nächsten Aufmarsch von Rechtsextremen in Dresden hat das Bündnis "Dresden Nazifrei" das Vorgehen von Staatsanwaltschaft und Polizei gegen Demonstranten kritisiert. Bündnissprecher Stefan Thiele sagte am Dienstag in Dresden, die sächsischen Behörden würden "in ihrem Verfolgungseifer keine rechtsstaatlichen Grenzen" mehr kennen. Die Vorwürfe der Behörden, unter anderem schwerer Landfriedensbruch, Sprengung einer Versammlung und Bildung einer kriminellen Vereinigung, würden an willkürlich ausgewählten Personen festgemacht. Gegen Blockade-Teilnehmer aus den Vorjahren laufen laut Thiele noch mehr als 70 Strafverfahren.

Großes Echo auf erneuten Blockadeaufruf

Nach seinen Angaben ist der umstrittene Aufruf zur Blockade des Nazi-Aufmarsches am 18. Februar in Dresden auf ein großes Echo gestoßen. "Trotz aller Repressionen gegen Teilnehmer früherer Blockaden haben wir viele Unterstützer", sagte Thiele. "Wir lassen uns nicht einschüchtern", erklärte der Aktivist. An dem Protest sollten "Kinder wie Greise ohne Angst teilnehmen können". Das Bündnis rechne mit mehr als 10.000 Menschen, die in die sächsische Landeshauptstadt reisen werden. Den bundesweit verbreiteten Aufruf hätten mittlerweile mehr als 1.500 Einzelpersonen und 220 Organisationen unterzeichnet. Zu den prominentesten Unterstützern zählen die Rockband "Tote Hosen" und der Liedermacher Konstantin Wecker. Das linke Bündnis ruft bereits zum dritten Mal zu Massenblockaden der Naziaufmärsche vor dem Hintergrund des Gedenktages an die Zerstörung Dresdens im Zweiten Weltkrieg auf. Im vergangenen Jahr hatten sich an den Blockade-Protesten gegen Neonazis über 15.000 Menschen beteiligt. Dabei kam es zu teilweise heftigen Krawallen zwischen Blockierern und der Polizei.

Justizminister hält erneute Handyüberwachung für möglich

Sachsens Justizminister Jürgen Martens (FDP) hatte Ende Dezember erklärt, er schließe auch während der erneuten Proteste gegen die Neonaziaufmärsche Handy-Überwachungen nicht aus. Martens hatte in einem Interview erklärt, Gewalttäter, die mit Molotowcocktails oder Steinen auf Menschen und Sachen werfen, bekämen "Probleme mit dem Staatsanwalt". "Wer gewalttätig ist, muss damit rechnen, dass gegen ihn mit allen zulässigen Mitteln vorgegangen wird, also auch nötigenfalls seine Daten von den

Ermittlungsbehörden abgefragt werden", sagte der Justizminister.

Erstmals Kundgebung in "Hör- und Sichtweite" der Nazis

Stadtspitze, Stadtratsfraktionen, Gewerkschaften und Kirchen haben rund um den Jahrestag der Zerstörung Dresdens zum gemeinsamen Protest und Aktionen gegen Rechts aufgerufen. Sie stehen unter dem Motto "Mit Mut, Respekt und Toleranz - Dresden bekennt Farbe". Geplant ist am 13. Februar erneut eine Menschenkette rund um die Altstadt und am 18. Februar erstmals eine Kundgebung in "Hör- und Sichtweite" der Naziversammlung. Die Stadt lehnt Blockaden genehmigter Umzüge ab, hat aber erstmals eine parteiübergreifende "Arbeitsgruppe 13. Februar" ins Leben gerufen.

http://www.mdr.de/nachrichten/klage-gegen-repression100_zc-e9a9d57e_zs-6c4417e7.html
